

Biopolitischer Rassismus der bürgerlichen Mitte im Hamburger Stadtteil St. Georg

Unter der Überschrift *Chronik einer Woche* (<http://initiative-hansaplatz.de/index.html>) fordert die *Hansaplatz Initiative* ein lebenswertes Umfeld für Familien mit Kindern im Stadtteil Hamburg St. Georg. Der traditionell ansässige Straßenstrich soll in ein abgelegenes Gewerbegebiet im hauptsächlich für seine industrielle Nutzung bekannten Stadtteil Rothenburgsort verlagert werden, um endlich „menschenswürdige Verhältnisse für alle, (...) den Schutz der Kinder“, sowie die Ansiedlung einer bunten Vielfalt von Kunst und Kultur, Einzelhandel und Gastronomie am und um den Hansaplatz zu ermöglichen. Unter dem Deckmantel der *bunten Vielfalt* kommt hier ein biopolitischer Rassismus der bürgerlichen Mitte zum Tragen, wie er aus vielen europäischen Großstädten und ihrer Gentrifizierungslogik bekannt ist. Zur Durchsetzung ihrer individuellen Ziele ist der Initiative offensichtlich jede Argumentation – und sei sie noch so haltlos – recht.

So wird in dem Artikel der *Hansaplatz Initiative* eine soziale Einrichtung zur Betreuung drogengebrauchender, sich prostituierender Frauen als semikriminelle Vereinigung diffamiert, die MenschenhändlerInnen und deren ProfiteurInnen gewissenlos in die Hände spiele. „Prostitution in Verbindung mit Menschenhandel ist jedoch eine Tatsache (...). Eine bewusste Negierung dieser Tatsache gleicht einer unverantwortlichen Verschleierungstaktik. (...) Wer da wegschaut, wie es nun ragazza e.V. fordert und Teile von Politik und Gesellschaft eh praktizieren, fördert diesen Menschenhandel. Die Argumentation basiert auf einer völlig falschen Interpretation der berechtigten Forderung von ExpertInnen und Professionellen, Sexarbeit nicht permanent mit dem Thema Menschenhandel zu vermischen, und stützt sich auf Zitate, die bewusst entstehend aus dem Kontext gerissen wurden. Menschenhandel ist selbstredend ein Verbrechen. Aber der hegemoniale Menschenhandelsdiskurs, der Sexarbeit vereinnahmt, ist gefährlich, da Sexarbeiterinnen darin immer nur als Opfer verhandelt werden und ihnen keine eigenständige Handlungsfähigkeit zugewiesen wird. Würden die AgitatorInnen dieser Initiative genauer die Konzepte der sozialen Einrichtungen lesen, dann wüssten sie, dass es in erster Linie um Empowermentansätze für Sexarbeiterinnen geht, um Handlungsstrategien gegen Ausbeutung und Abhängigkeit zu entwickeln. Menschen werden nicht handlungsfähig, indem sie aus dem städtischen Raum in Vororte oder Industriegebiete verdrängt werden. Das ist eine Logik, die nur denen etwas bringt, die ihre schöne neue,

saubere und City-nahe Welt durch die Anwesenheit der Marginalisierten nicht gestört wissen wollen. Die sozialen Einrichtungen weisen immer wieder darauf hin, dass das Leben von Sexarbeiterinnen hart und gefährlich ist, weil sie in Folge der Sperrgebietsverordnung kriminalisiert werden und Repressionen ausgesetzt sind. Durch solche Maßnahmen liefert die Exekutive die Sexarbeiterinnen dem Missbrauch durch ZuhälterInnen und Freiern aus.

Viele Sexarbeiterinnen aber würden ihre Arbeit gern verlassen, denn es ist, wie viele andere Tätigkeiten im Kapitalismus auch, eine Form entfremdeter Arbeit; aber es existieren keine Alternativen (Ward 2007). Speziell für Menschen, die am Existenzminimum leben, ist Sexarbeit oft die einzige Möglichkeit ihr Überleben zu sichern. Die übernehmen Arbeiten, die die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft als inakzeptabel ablehnen, deren Nutznießer sie aber oft sind. Deshalb verwahren sich Sexarbeiterinnen und soziale Einrichtungen gegen die Gleichsetzung von Frauenhandel und Sexarbeit. Sexarbeit ist Arbeit und eine Dienstleistung. Sie darf niemals mit einem Verbrechen und einer Menschenrechtsverletzung wie Frauenhandel gleichgesetzt werden. „Die begriffliche Vermischung verstärkt die Stigmatisierung, die dem Bereich Prostitution eingeschrieben ist; sie assoziiert Sexarbeit mit Gewalt und setzt Prostitution und Migration mit Frauenhandel gleich. Dabei wird auch vermittelt, dass einer Gruppe von Frauen zugestanden wird, in der Sexarbeit freiwillig tätig zu sein und der anderen Gruppe - Migrantinnen - nicht. Einer Migrantin wird grundsätzlich weniger Entscheidungsautonomie zugestanden (El-Nagashi 2007). Gleiches gilt natürlich auch für die Gruppe der Drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen, ihnen wird jegliche Entscheidungsautonomie abgesprochen. Gerade weil die Prostitution zwar vom bürgerlichen Milieu nachgefragt, aber nicht als legale Dienstleistung akzeptiert wird, entstehen die Bedingungen für Ausbeutung und Menschenhandel.

Um ihr Ziel durchzusetzen, greift die *Hansaplatz Initiative* die sozialen Einrichtungen an, die erst dafür gesorgt haben, dass St. Georg ein so lebenswerter Stadtteil geworden ist, dass sich selbst die Mitglieder dieser Initiative vorstellen konnten hier zu wohnen. Die sozialen Einrichtungen und Projekte haben seit Jahren Kontakt zu den Menschen, die jetzt vertrieben werden sollen. Um diesen Vorsprung aufzuholen, müssen die AkteurInnen der *Hansaplatz Initiative* das Wohl von Kindern instrumentalisieren, um die zu beschimpfen und zu vertreiben, deren Eltern oft nicht über das finanzielle, soziale und kulturelle Kapital verfügen, ihnen Schutz und ein abgesichertes Leben zukommen zu lassen. Offensichtlich wollen sie nur ihre eigenen Kinder vor Armut, schmutzigen Jobs, Krankheiten, Deklassierung, Ausgrenzung und anderen Zumutungen des Lebens schützen. Ihre Kinder sollen nicht sehen, was es bedeutet, in dieser Gesellschaft überflüssig zu sein. Ihre Welt soll anders aussehen: kulturvoll,

bunt und mit einer in jeder Hinsicht perspektivreichen Zukunft. Allerdings sollte das für alle Kinder und Menschen zutreffen. Die Lösung kann nicht darin bestehen, dass die, deren Schicksal an die gesellschaftliche Verantwortung erinnert, aus dem Blickfeld entfernt werden und dann so getan wird, als sei das Problem damit erledigt. Die AutorInnen des Hansaplatz-Artikels wissen offensichtlich nicht, dass sich auch diese Menschen nichts anderes wünschen, als ein normales Leben führen zu können. Sie haben nicht die Möglichkeit im Internet auf ihre Situation oder die ihrer Kinder aufmerksam zu machen. Sie können froh sein, wenn ihre Kinder und sie selbst überleben. Da sie keine Stimme in dieser Gesellschaft haben, sind soziale Einrichtungen oft ihr einziges Sprachrohr.

Jedoch will die *Hansaplatz Initiative* nicht hören, was diese Menschen zu sagen haben, und soziale Einrichtungen sollen das „Elend“ unsichtbar und im Sinne der bürgerlichen Mitte verwalten.

Diese rabiate und alle Formen der Fairness verletzende Vorgehensweise der *Hansaplatz Initiative* ist nur durch biopolitischen Rassismus zu erklären. Dieser hat sich mit dem Aufkommen der Bio-Macht im 19. Jahrhundert als grundlegender Mechanismus der Macht modernen Staaten etabliert, es ist die Macht „leben zu machen oder in den Tod zu stoßen (Foucault 1995: 165/ebd. 1999: 301).“ Rassismus sei ein Mittel im Bereich des Lebens, eine Zäsur einzuführen zwischen dem was Leben darf und dem was sterben muss. Schon die Unterteilung der „Rassen“ und Hierarchien festzuschreiben und bestimmte „Rassen“ abzuwerten, zeige die Macht, die dieses Feld besetzt. Die erste Funktion des Rassismus liege darin, zu fragmentieren. Es sei eine Art und Weise bestimmte Gruppen im Inneren der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen (ebd. 1999: 301). Rassismus habe noch eine zweite Funktion, die positive Konnotation zum Töten aufzustellen: „je mehr du sterben läßt, um so mehr wirst du eben deswegen leben (ebd.).“ Nach Foucault ist das keine Erfindung des Rassismus oder der modernen Staaten, sondern eine kriegerische Beziehung: Wenn Du leben willst, musst du töten. Rassismus lässt diesen kriegerischen Typ funktionieren. „Der Tod des anderen bedeutet nicht einfach mein Überleben in der Weise, daß meine persönliche Sicherheit erhöht; der Tod des Anderen, der Tod der bösen Rasse, der niederen (der degenerierten oder anormalen) Rasse wird das Leben im allgemeinen gesünder machen; gesünder und reiner. (...) Rasse, Rassismus ist die Bedingung für die Akzeptanz des Tötens in einer Normalisierungsgesellschaft (ebd., 302).“ Es handele sich nicht um eine militärische oder politische Beziehung, sondern um eine biologische: Die zu unterdrückenden Feinde sind nicht politische Gegner, sie sind äußere und innere Gefahren für die Bevölkerung (ebd.).

Unter Tötung wird nicht direkter Mord verstanden, so Foucault, „sondern auch alle Formen des indirekten Mordes: jemanden der Gefahr des Todes ausliefern, für bestimmte Leute das Todesrisiko oder ganz einfach den politischen Tod, die Vertreibung, Abschiebung usw. zu erhöhen (ebd., 302).“

Was tut die *Hansaplatz Initiative* anderes? Ihre ApologetInnen fordern die Vertreibung, Inhaftierung und Abschiebung von Menschen, die angetrieben von existentieller Not seit Jahrzehnten im Stadtteil um ihr Überleben kämpfen. Die MitarbeiterInnen der sozialen Projekte wissen, wie fragil der physische und psychische Zustand dieser Menschen ist und welche existenzbedrohenden Konsequenzen derartig einschneidende Veränderungen in der Szene nach sich ziehen. Deshalb rufen sie zu Demonstrationen auf und nehmen nicht billigend das Elend und den Tod von Mitmenschen in Kauf, nur um Kindern, deren Eltern in angesagten Stadtteilen wohnen wollen, eine heile Welt vorzuspielen (siehe Plakat <http://initiative-hansaplatz.de/index.html>).

Literatur:

El-Nagashi, Faika Anna (2007): Interview für die Zeitschrift "malmoe"

<http://no-racism.net/article/2077/>

Foucault, Michel (1995): Der Wille zum Wissen, Frankfurt am Main.

ebd.(1999): Vorlesung vom 17. März 1976. In : Foucault, Michel : In Verteidigung einer Gesellschaft. Vorlesung am Collège de France 1975 – 76, Frankfurt am Main, 291.

Helen Ward (2007):Marxismus versus Moralismus

<http://www.trend.infopartisan.net/trd7807/t407807.html>